

**HESSISCHER LANDTAG**

01. 07. 2014

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion der FDP****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur
Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/524 zu Drucksache 19/387****Inhalt des Antrags: Erfüllung des Wahlversprechens von CDU und FDP
beim Landesstaßenbau****Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 20 Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement
Buchungskreis: 2610**Kameraler Haushalt:****Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
761	Neu-, Um- und Ausbau sowie Substanzerhaltung	78.300.000	+15.000.000	93.300.000

Kameraler Haushaltsabschluss:**Beträge in EUR**

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 7	192.718.600	+15.000.000	207.718.600
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-256.280.300	-15.000.000	-271.280.300

Verpflichtungsermächtigungen:**Beträge in EUR**

Verpflichtungsermächtigungen	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2015	35.000.000	+27.000.000	62.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2016	12.000.000		12.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2017	2.000.000		2.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2018ff	500.000		500.000
Gesamtverpflichtung	49.500.000	+27.000.000	76.500.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**Begründung des Änderungsantrags:**

Der Ministerpräsident und die Fraktionen von CDU und FDP haben im Wahlkampf und im Vorfeld der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2013/2014 versprochen, dass für den Landesstraßenbau 100 Mio. € pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der vom Finanzminister verhängten Liquiditätssperre und dem höheren Bedarf von Planungsmitteln für Bundesautobahnen fehlen nach Angaben des Verkehrsministers Mittel in Höhe von 42 Mio. Euro. Durch den von Schwarzgrün verzögerten Baubeginn können bereits jetzt nicht mehr alle Projekte begonnen werden. Deshalb werden zusätzlich zu den 15 Mio. Euro, die noch dieses Jahr verbaut werden können, für das Jahr 2015 entsprechende Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt, um sicher zu stellen, dass alle von Schwarzgrün geschobenen Projekte spätestens 2015 vollendet werden können.

Wiesbaden, 1. Juli 2014

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende
Florian Rentsch